

## Gab es eine demokratische Vorgeschichte der DDR?

---

Professor Dr. Hermann Weber, geb. 1928, lehrt Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim und ist Leiter des Arbeitsbereichs DDR-Geschichte des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung. Derzeit gehört er als Sachverständiger der Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ an.

Erst nach der „Wende“ der DDR 1989 haben dortige Historiker die späten Phasen ihres Staates offen kritisiert, aber viele blieben dabei, die Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bis zur DDR-Gründung positiv zu beurteilen. Beispielsweise vertrat der bekannte Historiker Rolf Badstübner 1990 die These, die DDR habe sich „bei ihrer Gründung eindeutig als antifaschistischer Staat“ ausgewiesen. Da dort „antifaschistisch“ als identisch mit „demokratisch“ verstanden wurde, wäre aus solcher Sichtweise die Vorgeschichte der DDR also eine demokratische Periode gewesen.

Das ist eine Legende. In Deutschland formierten sich bereits 1945/46 ansatzweise unterschiedliche politische und gesellschaftliche Systeme. Ab Ende 1947 und vor allem 1948 bewirkten dann die Atmosphäre des Kalten Krieges und der Konflikt zwischen Stalin und Tito schnelle Schritte der Separierung der Ostzone. Damit entfernte sich das in der SBZ errichtete politische und rechtliche System mehr und mehr von der gemeinsamen deutschen demokratischen Staatstradition der Weimarer Republik, aber auch von der eigenständigen Tradition der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Besatzungszeit bis 1949 war im wesentlichen konstitutiv für die Ausformung der späteren Verfassungswirklichkeit der DDR. Eine Transformation des 1945 geschaffenen Parteiensystems ebenso wie die des übrigen politischen und gesellschaftlichen Lebens und damit ein Trend hin zur allmählichen Stalinisierung der späteren DDR zeichneten sich seit 1946 und nicht erst nach 1949 ab.

### Demokratische Ansätze

In der Anfangsphase der SBZ waren allerdings demokratische Ansätze zu erkennen. Nach der Zerschlagung der NS-Diktatur erlaubten die Alliierten im besetzten Deutschland kulturelle Freiheit und Pressevielfalt, Pluralismus bei den politischen Parteien und in der Gesellschaft. Solche demokratischen Tendenzen wurden auch von der sowjetischen Besatzungsmacht toleriert, obwohl in ihrem Lande ja die stalinistische Diktatur bestand. Und sie genehmigte sogar als erste mehrere demokratische Parteien, die sich allerdings nur unter

ihrer Kontrolle und entsprechend ihren Anweisungen betätigen durften. Da die Sowjetische Militäradministration, die SMAD, die „oberste Macht“ in der SBZ ausübte, hing es letztlich von ihr ab, wie weit die demokratischen Chancen gehen konnten. Da sie Lizenzen vergab und zunächst (wie alle Besatzungsbehörden) Zensur ausübte, war beispielsweise die gewährte Pressefreiheit durch politische Vorgaben der Sowjetunion eingeschränkt. Somit konnte sich die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ der Jahre 1945 und 1946 -von der SMAD gestattet und sogar gefördert - lediglich im Rahmen der sowjetischen Strategie vollziehen.

Nebeneinander bestanden in den Jahren 1945 bis 1947 schon stalinistische Strukturen, erfolgte 1946 die Zwangsvereinigung von SPD und KPD, aber gleichzeitig war bei den Hitler-Gegnern - aus dem KZ oder Exil zurückgekehrt - auch die Aufbruchstimmung da, gerade in der SBZ ein „besseres Deutschland“ zu errichten, und es gab eine liberale Kulturpolitik. Immerhin machten die demokratischen Ansätze es dann 1948/49 für die Kommunisten notwendig, zur umfassenden Errichtung des Stalinismus in der SBZ/DDR eine Transformation des politischen und gesellschaftlichen, nicht zuletzt aber des kulturellen Systems vorzunehmen.

Für viele Zeitgenossen überraschend, hatte die SMAD bereits im Juni 1945 deutsche Parteien zugelassen. Neben der KPD, die wieder - wie vor 1933 - die Politik der UdSSR und Stalins ohne Einschränkungen mitmachte, waren dies die SPD, die CDU und die LDP. Damit war das tradierte deutsche Mehrparteiensystem (außer der diskreditierten Rechten) wieder entstanden, und politischer Pluralismus schien möglich. Allerdings haben sich diese Parteien sofort zur „Einheitsfront“, zum „Block“ zusammengeschlossen, in dem die KPD beziehungsweise SED dann mit Hilfe der Besatzungsmacht schon bald dominierte.

Daß sich 1945 alle Parteien - auch die KPD - zur parlamentarischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekannten, sich zusammenfanden, um gemeinsam die Überreste des Nationalsozialismus zu zerschlagen und das zerstörte Land neu aufzubauen, markierte vordergründig Tendenzen einer demokratischen politischen Entwicklung. Doch da in der Realität die Besatzungsmacht uneingeschränkt bestimmte und dabei die deutschen Kommunisten heranzog, wurden von Anfang an die Fäden im Hintergrund anders gezogen: Die KPD wurde als Partei favorisiert, ihre Mitglieder erhielten in den neu errichteten staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen die wichtigsten Positionen. Die Entnazifizierung in der SBZ wurde rasch instrumentalisiert, so daß durch eine „Justizreform“ 1945/46 zwar die NSDAP-Mitglieder ihre Posten verloren, aber nun überall Kommunisten nachrückten.

Die Zusammenarbeit deutscher und sowjetischer Kommunisten bei der Denunziation und Verfolgung reichte bis in die Spitze der neuen SBZ-Verwaltungen. Zum Beispiel geht aus dem Ulbricht-Nachlaß im früheren SED-Archiv

hervor<sup>1</sup>, daß Ulbricht am 27. Mai 1946 dem zuständigen sowjetischen General Bokow mitteilte, der persönliche Referent von Dr. Schiffer (dem damaligen Präsidenten der Zentralverwaltung für Justiz und Mitglied der LDP) arbeite „sehr eng mit französischen Stellen“ zusammen. Außerdem habe er früher der (sozialdemokratischen) „Miles-Gruppe Neubeginnen angehört, die im englischen Auftrag in Deutschland gearbeitet hat“. Auf diese Weise sorgten deutsche Kommunisten bereits früh dafür, daß mit „Hinweisen“ an die SMAD ihr genehme Personalentscheidungen getroffen wurden.

#### Folgen der Zwangsvereinigung

Maßgeblich war indes, daß ebenfalls mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsbehörden schon im April 1946 das Parteiensystem grundlegend verändert wurde: Die Bildung der SED durch die Zwangsvereinigung von KPD und SPD gab den Kommunisten nun die Möglichkeit, die in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft bestimmende Kraft zu werden. Auch wenn die SED bis 1947 nach außen noch als „Einheitspartei“ auftrat, sich in der Ideologie auf Marx, nicht aber Lenin berief, den „deutschen und demokratischen Weg“ zum Sozialismus proklamierte und die Leitungen paritätisch aus früheren Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzt waren, folgte die SED von Beginn an der jeweiligen Linie Stalins. Mit ihrer These vom antifaschistischen Neuaufbau, mit ihrer Propaganda für Frieden und soziale Gerechtigkeit stieg die SED allerdings zu einer starken Organisation auf.

In der praktischen Politik setzten sich die Kommunisten mehr und mehr mit ihrer Ideologie und ihren Organisationsprinzipien durch. Als die Sowjetunion nach Ausbruch des Kalten Krieges 1947/48 in den von ihr beherrschten Ländern offen die Stalinisierung vorantrieb (kommunistischer Putsch in Prag, Kominformresolution gegen Jugoslawien und den „Titoismus“), war in der SED der Umformungsprozeß zur kommunistischen Kaderpartei unter sowjetischer Vormundschaft bereits in vollem Gange. Immerhin hatte—wie aus den erst jetzt zugänglichen Protokollen hervorgeht— schon die 8. Tagung des Parteivorstandes der SED im Januar 1947, als die Partei offiziell noch nicht auf Lenin und Stalin eingeschworen war, feierlich des 23. [!] Todestages Lenins gedacht. In seiner Rede hob Anton Ackermann unter anderem hervor: „Der Weg ist für dieses Land (die UdSSR) klar, Lenin hat ihn aufgezeigt und Stalin setzt sein Werk fort.“<sup>2</sup>

Solange die Deutschlandpolitik der Sowjetunion auch eine gesamtdeutsche Variante berücksichtigte, blieben die konkreten kommunistischen Ziele in der SBZ noch verborgen, gingen die deutschen Kommunisten nach außen hin ebenfalls „demokratische“, auf die „Einheit Deutschlands“ bezogene Schritte. Doch unter sich haben sie ihren Führungsanspruch früh thematisiert. Ihren Hegemoniewillen versuchte die SED zunächst intern den eigenen Funk-

---

<sup>1</sup> Vgl. Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA), Zentrales Parteiarchiv, NL182/1191.

<sup>2</sup> IfGA, Zentrales Parteiarchiv, IV, 2/1/7.

tionären zu vermitteln. Bereits auf der 2. Tagung des Parteivorstandes der SED am 14./15. Mai 1946 betonte Franz Dahlem, einer der Spitzen-Führer (in seiner damals aber nicht veröffentlichten Rede), der SED als „staatsaufbauender Partei“ gehöre „als Partei der Arbeiterklasse die Führung beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands auf allen Gebieten: in der Politik, der Selbstverwaltung, der Wirtschaft und in der kulturellen Entwicklung des Landes“.<sup>3</sup> Im engen Kreise hatte Franz Dahlem vor westdeutschen KPD-Funktionären schließlich im Januar 1947 erklärt, ein „Neuaufbau Deutschlands in freiheitlichem und friedlichem Sinne“ sei nur dann garantiert, wenn er „durchgeführt wird wie in der Ostzone“.<sup>4</sup> Deshalb war es kein Zufall, wenn Ulbricht auf der Tagung des SED-Parteivorstandes im Januar 1947 vom „Wendepunkt“ der Aufgabenstellung in der Sowjetzone sprach.<sup>5</sup>

Entsprechend den Beschlüssen des dann im September 1947 geschaffenen Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien (Kominform) vertrat die SED die „Zwei-Lager-Theorie“, und unterstützte uneingeschränkt das „Friedenslager“ unter „Führung“ der Sowjetunion Stalins gegen das anglo-amerikanische „Lager der Kriegstreiber“ und deren angebliche „Kolonie Westdeutschlands“. Mit dieser von der UdSSR oktroyierten neuen Strategie wurde zugleich die bisherige Zurückhaltung bei der Umgestaltung der SBZ aufgegeben, die stalinistischen Veränderungen dort rascher vorangetrieben. Bereits ab 1947 waren demokratische Aktivitäten erschwert, ja unmöglich geworden. Im politischen Bereich ist also wegen der Herrschaft der SMAD und der Vormacht der SED keine demokratische Vorgeschichte der DDR festzustellen.

Innerhalb der SED wurde zudem der Einfluß von Sozialdemokraten schrittweise zurückgedrängt, die Parität ausgehöhlt, aber auch jene Kommunisten, die gegen den Kurs der Führung opponierten, ausgeschaltet. Und 1947 diagnostizierte Pieck eine angebliche „Überhandnahme politischen Agententums und Versuche in Parteien einzudringen“. Damit drohte er bereits damals Säuberungen in der SED an.<sup>6</sup> Nach dem Ausbruch des Konfliktes zwischen Stalin und Tito schwenkte die SED 1948 völlig auf Moskaus Linie ein. Jetzt sollte die SED eine stalinistische „Partei neuen Typus“ werden.

### Stalinisierung der SED

In der SED wurde nun die Parität abgeschafft, der „deutsche und demokratische“ Weg zum Sozialismus verworfen, das sowjetische Modell des Stalinismus für verbindlich erklärt. Parteisäuberungen beschleunigten diese Veränderung der SED in eine typisch stalinistische Organisation. Am 29. Juli 1948 faßte der SED-Parteivorstand den Beschluß über die „Säuberung der Partei von feindlichen und entarteten Elementen“ - auch dieser Jargon verdeutlicht

---

3 Vgl. Hermann Weber: Geschichte der DDR. München 1985, S. 133 f.

4 IfGA, Zentrales Parteiarchiv. IV 2/1.01/32, Bl. 5.

5 KGA, ebda., IV 2/1/7.

6 IfGA, ebda., NL 36, 739, Bl. 25.

die schlimme Atmosphäre des Stalinismus. Solche Parteimitglieder, die sich verweigerten, wurden nicht nur ausgeschlossen, sondern oft als „Agenten“ strafrechtlich verfolgt. Allein 1948 kam es zur Inhaftierung hunderter sogenannter „Agenten“ des Ostbüros der SPD. Beispielsweise wurden schon im März 1948 - also Monate vor dem Säuberungsbeschluss - „in den Thüringischen Städten Weimar, Erfurt und Jena ein Netz illegaler Schumacher-Gruppen aufgedeckt“. Wie es in dem Bericht der SMA-Thüringen an die SED-Führung weiter hieß, wurden die Verhafteten „dem Gericht des Militärtribunals übergeben“.<sup>7</sup> Mit der Verfolgung von Sozialdemokraten ging der „Kampf“ gegen „Abweichler“ einher, gegen „jene Mitglieder unserer Partei, die (...) sich von ihrer früheren partei- und sowjetfeindlichen Einstellung noch nicht gelöst haben“ und die dann von der - im September 1948 geschaffenen - Zentralen Partei-Kontrollkommission „staatschädlicher und zersetzender Handlungen“ beschuldigt wurden.<sup>8</sup>

Spätestens 1948 waren also jegliche Ansätze innerer Demokratie in der SED restlos getilgt. Die 1. Parteikonferenz im Januar 1949 zeigte die SED als eine kommunistische Partei stalinistischen Typus: Der „demokratische Zentralismus“ - also die strikte Unterordnung aller Organe unter die jeweils übergeordnete Führung sowie unbedingte Parteidisziplin - galten als Organisations- und Leitungsprinzipien. Außerdem schrieb die SED den Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ auf ihre Fahnen. Das Bekenntnis zur KPdSU und zur Person Stalins sowie zur „führenden Rone“ der Sowjetunion wurde für alle SED-Mitglieder bindend. Als eine Art innerparteiliche Polizei überwachten Partei-Kontrollkommissionen das Verhalten der Funktionäre und Mitglieder. Auch die Strukturen der KPdSU wurden kopiert: Im Januar 1949 wurde ein Politbüro geschaffen, das mit Sekretariat und ZK-Apparat den zentralistischen und hierarchischen Aufbau der Organisation zu gewährleisten hatte, und zugleich die „Nomenklatur“ eingeführt; was bedeutete, daß allein die übergeordnete Instanz für die Besetzung der Funktionen, den Einsatz, den Aufstieg der Kader und so weiter zuständig war. Der Absolutheitsanspruch der SED, die von sich behauptete, „immer recht“ zu haben, ließ keinen Raum für demokratische Möglichkeiten, weder in der Partei noch in Staat und Gesellschaft.

#### Keine Demokratie im Parteiensystem

Mit der Einschwörung auf Stalin, der Ausschaltung der Sozialdemokraten und der Führung der Partei allein durch Stalinisten sowie mit den Praktiken des „demokratischen Zentralismus“ hatte sich die SED die Bedingungen geschaffen, um als herrschende Staatspartei in einem System von sowjetisch-stalinistischem Typus alle Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens diktatorisch bestimmen zu können. Zwar konnten diese Transformationen der SED und des Staates nur im Rahmen der Strategie Stalins erfolgen, indes waren sie nicht etwa alleinige „Schuld“ sowjetischer Kommunisten. An

---

7 EGA, ebda., NL 36/735.

8 IfGA, ebda., IV, 2/4/49.

dieser Umformung der SED zur stalinistischen „Partei neuen Typus“ und der Stalinisierung der SBZ waren die deutschen Kommunisten unter Ulbricht aktiv beteiligt.

Die SED konnte das Parteiensystem dominieren, weil inzwischen CDU und LDP einem Transformationsprozeß unterworfen wurden. Diese hatten noch 1946 bei den Wahlen beachtliche Erfolge errungen und sich auch 1947 dem Hegemonieanspruch der SED und dem Druck der SMAD widersetzt. Das veranlaßte Ende 1947 die SMAD nochmals direkt ins politische Geschehen einzugreifen und die CDU-Vorsitzenden Kaiser und Lemmer abzusetzen. Die Besatzungsmacht demonstrierte mit diesem Vorgehen zugunsten der Kommunisten wiederum, daß im politischen System keine Demokratie bestand. An der Spitze der LDP befanden sich nach 1947 ebenfalls solche Personen, die mit der SED loyal zusammenarbeiteten.

Die eigentliche Veränderung des Parteiensystems und die endgültige Unterwerfung von CDU und LDP erreichte die SED 1948, und zwar einerseits durch Gründung zweier neuer Parteien, der Nationaldemokraten und der Bauernpartei, die von Anfang an von der SED gesteuert wurden. Andererseits unterordneten sich die „Massenorganisationen“ seit 1948 mehr oder weniger deutlich der Führung durch die SED. Der FDGB zum Beispiel war 1945 formal als unabhängige und überparteiliche Gewerkschaft gegründet worden. Doch die SMAD verhalf den Kommunisten - vor 1933 in den Gewerkschaften fast bedeutungslos - sofort zum entscheidenden Einfluß. Ihre straff organisierte Betriebs- und Organisationsarbeit sicherte dann der SED im FDGB bald die Vormachtstellung. Nachdem sie seit dem 2. FDGB-Kongreß im April 1947 fast alle Vorstandsmitglieder stellte, veränderte sich die Funktion des FDGB. Auf der „Bitterfelder Tagung“ im November 1948 proklamierte die FDGB-Führung die Abkehr von „überholten“ gewerkschaftlichen Traditionen. Planerfüllung rückte nun in den Mittelpunkt der FDGB-Arbeit. Die gewählten Betriebsräte wurden in der SBZ aufgelöst und mit den Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) „verschmolzen“, also dem FDGB unterstellt. Die Staatsgewerkschaft mußte als „Massenorganisation“ der SED deren Politik mitmachen.

Eine ähnliche Entwicklung durchliefen alle „Massenorganisationen“. Da die SMAD von Anfang an nur Monopol-Einheitsorganisationen genehmigt hatte, fehlte bei sämtlichen gesellschaftlichen Vereinigungen der Pluralismus. In den Einheitsorganisationen wie im 1945 geschaffenen Kulturbund, der 1946 gegründeten Freien Deutschen Jugend oder der 1947 gebildeten Frauenorganisation DFD hatten die Kommunisten sofort alle Fäden in der Hand, in den folgenden Jahren wurden die „Massenorganisationen“ ganz von der SED befehligt und erkannten deren „Führung“ offen an. Auf diese Weise verschwanden zwischen 1946 und 1948 alle demokratischen Ansätze in Politik und Gesellschaft, war bis 1949 weitgehend eine stalinistische Diktatur errichtet.

### „Reformen“

Die 1945 und 1946 durchgeführten gesellschaftlichen Reformen - vielfach als fortschrittlich und demokratisch angesehen - wurden nun gleichfalls zu Stützen der Diktatur umfunktioniert. Durch die Bodenreform vom September 1945 war der gesamte Boden aller Grundbesitzer, die über 100 Hektar besaßen, enteignet worden. Davon erhielten 500 000 Personen 2,1 Millionen Hektar Land zugeteilt. Die Bodenreform, die eine radikale Maßnahme war, wurde (zwar gegen Widerstand in den bürgerlichen Parteien, vor allem in der CDU, die für eine Entschädigung eintrat) von allen vier Parteien unterstützt und war noch keine kommunistische Maßnahme. Aber viele Neubauern bekamen nur Zwergparzellen, womit eine Grundlage für die spätere kommunistische Kollektivierung der Landwirtschaft vorgegeben war.

Die Schulreform, die gleiches Bildungsrecht für alle bringen sollte, war keine alleinige Angelegenheit der Kommunisten. Da diese aber die „Neulehrer“ indoktrinierten und die Schulverwaltung bestimmten, war ihr Einfluß auf das Bildungswesen früh vorhanden.

Einschneidend für die weitere Entwicklung war die sogenannte Industrie-reform. Durch Befehle der SMAD vom Oktober 1945 wurde das gesamte Eigentum des deutschen Staates, der NSDAP und ihrer Amtsleiter sowie der Wehrmacht beschlagnahmt. Ein Teil dieser — meist schwerindustriellen — Betriebe wurde in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) umgewandelt, einen anderen Teil unterstellte die SMAD im März 1946 den deutschen Verwaltungsbehörden. Damit war die Voraussetzung zur Verstaatlichung von Industriebetrieben geschaffen. Nach einem erfolgreichen Volksentscheid in Sachsen unter der Parole der Enteignung der Kriegsverbrecher konnte die Verstaatlichung der Schwer- und Schlüsserindustrie vorgenommen werden. Damit war nicht nur die Grundlage einer Staatswirtschaft geschaffen, sondern — da der Staat zunehmend der SED unterstand — die Industrie wurde zu einer Stütze der Partei-Diktatur.

### Zentralistische Strukturen

Die sich häufenden Kompetenzstreitigkeiten zwischen den durch Wahlen von 1946 legitimierten Landesregierungen und den von der SMAD eingesetzten Zentralverwaltungen sollte die durch einen Befehl der SMAD vom 14. Juni 1947 eingesetzte Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) beenden. Sie sollte auch die gesamtstaatliche Wirtschaftsplanung ausbauen. Mit der DWK war in der SBZ eine zentrale deutsche Behörde eingerichtet, in der die SED allein bestimmte. Im Februar 1948 wurde sie mit gesetzgeberischen Vollmachten ausgestattet, später eine Kontronkommission zur Aufdeckung von „Sabotage“ angeschlossen. Auch auf der Ebene des Staatswesens waren so lange vor Gründung der DDR die zentralistischen Strukturen der SED-Diktatur etabliert.

Die Kunst hingegen besaß bis 1949 weithin freie Entwicklungschancen. Nach den Erfahrungen mit der NS-Zeit und ihrem Kampf gegen „entartete Kunst“ wurde bewußt ein breites Spektrum akzeptiert, in dem sich auch die Moderne entfalten konnte. Im Mittelpunkt von Literatur, bildender Kunst und Filmwesen stand die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Krieg. Ab 1945 wurden in der sowjetischen Besatzungszone zunächst -wie in ganz Deutschland - jene Bücher wieder gedruckt, die während der Hitler-Diktatur verboten waren. Vor allem die russische und sowjetische Literatur, darunter beispielsweise die Werke von Gorki, Majakowski oder Scholochow, fanden viele Leser. Doch auch in den folgenden Jahren wurden nicht nur die Arbeiten kommunistischer Schriftsteller verlegt, sondern ebenso die von „bürgerlichen“ Autoren und von Pazifisten. Die SBZ war Westdeutschland in der Verbreitung etwa der Exil-Literatur voraus; diese wurde im Westen viel später erst von breiteren Kreisen „entdeckt“.

Nach der Nazi-Diktatur schien der Neubeginn in der SBZ weltoffene und pluralistische Ansätze im kulturellen Leben zu ermöglichen. 1949 signalisierten Angriffe gegen die abstrakte Kunst aber bereits einen Richtungswechsel. Der in diesem Jahr beginnende „Kampf“ gegen die angebliche „Kulturbarbarei“ der USA, den „Formalismus“ oder den „Kosmopolitismus“, schien ein Echo des Kalten Krieges zu sein, tatsächlich diente er der Nachahmung des sowjetischen „sozialistischen Realismus“. Gleiches geschah in der Pädagogik und in der Wissenschaft. Da die SMAD die Massenkommunikationsmittel früh in die Hände der deutschen Kommunisten gelegt hatte, dominierte die SED im Rundfunk und Verlagswesen und - da ihre Zeitungen zahlreicher waren, größere Papierzuteilungen erhielten und so höhere Auflagen hatten - auch in der Presse. Das bot der Einheitspartei rasch Möglichkeiten, die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Die demokratischen Ansätze der Kultur- und Kunstpolitik endeten 1949/50. Zu diesem Zeitpunkt war die politische Diktatur bereits konsolidiert. Am 15. und 16. Mai 1949 „wählte“ die Bevölkerung der SBZ den HL Deutschen Volkskongreß. Erstmals gab es Einheitslisten, allerdings stimmte - trotz massiver Propaganda und Manipulationen - über ein Drittel der Wähler mit „Nein“. Doch dieser HI. Volkskongreß setzte einen Volksrat ein, dem im Oktober die Aufgabe zufiel, ein eigenes Staatsgebilde, die DDR, zu konstituieren. Alle Voraussetzungen dazu hatten SMAD und SED geschaffen. Sowohl die veränderten Eigentumsformen und Sozialstrukturen als auch die neuen Machtverhältnisse im Parteiensystem und im Staat ermöglichten der kommunistischen SED, nun als „Partei neuen Typus“ die Herrschaft auszuüben und die DDR dem Vorbild der stalinistischen Sowjetunion anzugleichen.

### Resümee

Zusammenfassend läßt sich feststellen: In der SBZ der Jahre 1945/46 waren Ansätze zu einem demokratischen Neuanfang zu registrieren, seien es die Existenz damals noch selbständiger und konkurrierender Parteien, die Durchfüh-



zung von Reformen in der Gesellschaft oder eine pluralistische Kultur und Kunst sowie Medienvielfalt. Die alleinige Macht lag jedoch zunächst bei den sowjetischen Besatzungsbehörden und so blieb der Spielraum eigener deutscher Politik äußerst begrenzt. Da in der UdSSR die stalinistische Diktatur herrschte, war für alle Stalinisten schließlich die „sowjetische Gesellschaftsordnung“ das „bessere“, überall zu erstrebende System. Das hatte Stalin schon am 9. Februar 1946 deutlich gemacht: „Jetzt handelt es sich darum, daß die sowjetische Gesellschaftsordnung sich als lebensfähiger und stabiler erwiesen hat, als die nichtsowjetische Gesellschaftsordnung, daß die sowjetische Gesellschaftsordnung eine bessere Organisationsform der Gesellschaft ist als jegliche nichtsowjetische Gesellschaftsordnung.“<sup>9</sup>

Stalins neue Strategie seit dem Konflikt mit Tito und seit dem Kalten Krieg machte alle demokratischen Chancen in der SBZ zunichte. Ohnehin waren durch die Einsetzung deutscher Kommunisten in Schlüsselpositionen seit 1945, die Zwangsvereinigung der SED 1946 und die schrittweise Übernahme stalinistischer Methoden bereits 1947/48 die Weichen für die Diktatur der Kommunisten gestellt. Für die deutschen Kommunisten aber galt von Beginn an das, wozu sie sich erst 1950 öffentlich bekannten: „Genosse Stalin lehrt uns, entschieden gegen die Einflüsse der barbarischen Ideologie der amerikanisch-englischen Kriegstreiber und ihrer rechten sozialdemokratischen Lakaien zu kämpfen, treu und prinzipienfest zu sein und äußerste Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Partei (.. )zuüben(...). Aus Stalins Leben und Werk schöpfen wir Wissen, Zuversicht, neue Kraft im Kampf.“<sup>10</sup> Mit der Gründung der DDR im Oktober 1949 endete dort die Phase der Herausbildung der stalinistischen Diktatur. Eine „demokratische Vorgeschichte“ der DDR hat es also nie gegeben.

---

9 J. Stalin: Rede in der Wahlversammlung der Wähler des Stalin-Wahlkreises der Stadt Moskau. Am 9. Februar 1946. Berlin 1946, S. 10 f.

10 Zirkel zum Studium der Biographie J. W. Stalins. Methodische Anleitung für Propagandisten. Hrsg. ZK der SED, Abt. Propaganda. Berlin (Ost) 1950, 3. Aufl. 1952, S. 22.